

# STADT NAUMBURG (Saale)



|               |  |
|---------------|--|
| Vorlagen-Nr.: | 7/20   |
| Vorlagentyp:  | Entscheidung   |
| Einreicher:   | Oberbürgermeister  |
| Prüfung:      | <input checked="" type="checkbox"/> Barrierefreiheit<br><input checked="" type="checkbox"/> Gleichstellung |
| Eingang am:   | 13.01.2020   |
| Version       | 1  |

|            |         |                             |
|------------|---------|-----------------------------|
| Teilnahme: | intern: | Herr Dr. Maier<br>Herr Opel |
|            | extern: |                             |

|      |  |
|------|--|
| TOP: |  |
|------|--|

|  |   |
|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nicht öffentlich |
|--|---|

## Beratungsfolge:

| Gremium                                | Datum      | TOP | Liste | Art* | Ergebnis              |
|--|------------|-----|-------|------|-----------------------|
| Finanz- und Vergabeausschuss           | 17.02.2020 | 6.  | A     | V    | mehrheitliche Annahme |
| Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus | 18.02.2020 | 6.  | A     | V    | mehrheitliche Annahme |
| Technischer Ausschuss                  | 19.02.2020 | 5.  | A     | V    | einstimmige Annahme   |
| Sozial- und Kulturausschuss            | 25.02.2020 | 6.  | A     | V    | mehrheitliche Annahme |
| Hauptausschuss                         | 26.02.2020 | 7.  | A     | V    | mehrheitliche Annahme |
| Gemeinderat                            | 11.03.2020 | 8.  | A     | B    |                       |

Art\* I=Information V=Vorberatung A=Anhörung B=Beschlussfassung

## Betreff:

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2020

## Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2020

## Finanzielle Auswirkung:

☐ nein ☒ ja, in folg. Höhe:

Deckungsvorschlag: ☐ Haushaltsplan :  
☐ über-/außerplanmäßig

Buchungsstelle:

**Begründung:**

Der vorliegende Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2020 wurde auf Grundlage des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG LSA) und der Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO LSA) des Landes Sachsen-Anhalt erarbeitet. Die KomHVO LSA trat am 01.01.2016 in Kraft. Die verbindlichen Muster zur Haushaltsführung sowie Haushaltssystematik der Kommunen wurden mit Runderlass des Ministeriums für Inneres und Sport am 12.12.2016 veröffentlicht und traten am 01.01.2017 in Kraft.

Die Gespräche mit den Ortsbürgermeistern zu den Eckpunkten der Haushaltsplanung und den ortsspezifischen Angelegenheiten fanden in der Zeit vom 11.12.-12.12.2019 statt.

Der Ergebnisplan ist ein Bestandteil des doppischen Haushaltsplanes und das entsprechende Planungsinstrument zur Ergebnisrechnung. Der Ergebnisplan wird in Teilergebnispläne untergliedert. Er umfasst die zu erwartenden Aufwendungen und Erträge im Haushaltsjahr. Hierbei sind sowohl die ordentlichen Aufwendungen und Erträge als auch die außerordentlichen Aufwendungen und Erträge auszuweisen. Das ordentliche Ergebnis weist im Haushaltsjahr 2020 ein Defizit in Höhe von 3.051.400 € aus. Ein außerordentliches Ergebnis wird nicht geplant.

Im Finanzplan werden der Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit dargestellt. Der Finanzplan enthält alle im Haushaltsjahr voraussichtlich eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen. Das Ergebnis zeigt, ob die Kommune so liquid ist, dass die laufenden Zahlungsverpflichtungen durch eigene Finanzmittel gedeckt werden können und damit die stetige Aufgabenerfüllung gesichert werden kann.

Der Kassenbestand betrug am 31.12.2019=153.088 €. In der Finanzplanung wird von einem Defizit im Haushalt 2020 von 3.102.000 ausgegangen. Damit wird ein voraussichtlicher Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres 2020 in Höhe von -2.998.812 € ausgewiesen. Der genehmigungsfreie Betrag an Liquiditätskrediten im Haushaltsjahr 2020 beträgt 12.871.360 € (1/5 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit). Unter Berücksichtigung von Kassenbestandsschwankungen und der Tatsache, dass die Stadt sämtliche Fördermaßnahmen und die Maßnahmen der Hochwasserhilfe vorfinanzieren muss, wird der Höchstbetrag des Liquiditätskredites im Haushaltsjahr 2020 auf 10.000.000 € festgesetzt. Damit sollen unterjährige Finanzierungsspitzen ausgeglichen werden.

Insgesamt weist der Ergebnishaushalt 2020 Erträge in Höhe von 67.488.400 € und Aufwendungen in Höhe von 70.539.800 € aus. Der Ergebnishaushalt 2020 ist in diesem Jahr erstmals nicht ausgeglichen, es entsteht ein Defizit in Höhe von 3.051.400 €.

Die Erträge des Ergebnishaushaltes setzen sich zusammen aus Steuern u.ä. Abgaben, Zuwendungen und allgemeinen Umlagen, sonstigen Transfererträgen, öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten, privatrechtlichen Leistungsentgelten, sonstigen ordentlichen Erträgen und Finanzerträgen.

Die größten Ertragspositionen sind Steuern u.ä. Abgaben mit 21.067.600 € sowie Zuwendungen und allgemeine Umlagen mit 32.104.800 €. Bei Steuern u.ä. Abgaben ergibt sich im Vergleich zu 2019 eine Erhöhung um 273.900 €, die vor allem auf die Erhöhung der Grundsteuer B (+24.600 €) und des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer (+354.300 €) zurückzuführen sind. Die Zuwendungen und allgemeine Umlagen verringern sich im Vergleich zum Vorjahr dagegen um 637.100 €. Hier verringert sich die Schlüsselzuweisung vom Land gegenüber dem Vorjahr um 304.500 €, die Kostenpauschale örtlicher Träger der Jugendhilfe für eigene Kindertagesstätten (-38.000 €), für Kindertagesstätten Freie Träger (-86.800 €) usw.

Die Aufwendungen setzen sich zusammen aus Personalaufwendungen, Versorgungsaufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen, sonstige ordentlichen Aufwendungen, Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen und bilanziellen Abschreibungen.

Für Personalaufwendungen sind 21.232.000 € bei 365,47500 VbE vorgesehen. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betragen 10.775.900 € und gliedern sich u.a. in Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen 1.189.400 €, Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen in Verwaltung GWG Naumburg 2.563.300 €, Beseitigung von Hochwasserschäden 2013 in Höhe von 2.117.900 €, Unterhaltung und Reparatur der Straßen, der öffentlichen Beleuchtung, der Teiche und Freianlagen 838.400 €, Erarbeitung und Umsetzung Lichtkonzept 80.000 €, Touristisches

Leitsystem 56.000 €, Mieten, Pachten und Leasingraten 513.900 €, Energiekosten Straßenbeleuchtung 478.600 €, Fahrzeughaltung 342.700 €, Veranstaltungskosten 558.300 €, Sonstige Dienstleistungen Dritter 447.700 € usw.

29.731.200 € sind für Transferaufwendungen vorgesehen. Hierzu zählen u.a. die Kreisumlage in Höhe von 13.047.500, Zuschuss Kindertagesstätten Freie Träger 11.682.700 €, Gewerbesteuerumlage 534.300 €, Zuschuss Kurbetriebsgesellschaft Naumburg/Bad Kösen mbH 526.000 €, Stadtsanierung Förderung Privater Dritter 310.500 €, Stadtumbau/ASO 1.245.000 €, Sanierung Gradierwerk 1.800.000 € usw.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen betreffen die Aufwendungen für die laufende Verwaltungstätigkeit und haben einen Planansatz von insgesamt 3.487.100 €. Hierzu zählen u.a. Portogebühren, Reisekosten, Dienstreisen, Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit, Telefongebühren, Sachverständigenkosten, Ankauf von Waren und Fremdleistungen für die Betriebe gewerbliche Art usw.

Für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen werden 228.000 € eingestellt. Diese beinhalten die Zinsen an Kreditinstitute, Kassenkreditzinsen, Erstattungszinsen und Verzugszinsen. Die bilanziellen Abschreibungen betragen 5.085.600 €.

Für Investitionstätigkeit stehen 6.356.100 € zur Verfügung. Davon entfallen auf Einzahlungen aus Fördermitteln 3.704.200 €, Investitionspauschale 1.845.600 €, Investitionszuschüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden 88.000 €, Straßenausbaubeiträge 243.400 €, Einzahlung aus der Veräußerung von Grundstücken, Gebäuden und Infrastrukturvermögen 466.400 € und auf Einzahlungen aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen 8.500 €. Die Landesregierung hat für die Jahre 2020 und 2021 eine Erhöhung der investiven Mittel beschlossen. Für die Stadt Naumburg ergibt sich dadurch eine Erhöhung der Investitionspauschale um 720.300 € auf 1.845.600 €.

Die Auszahlungen für Investitionen betragen 7.728.100 €. Der negative Saldo aus Investitionstätigkeit in Höhe von 1.372.000 € wird über Kreditaufnahme in Höhe von 1.372.000 € für die Anschaffung von 3 Feuerwehrfahrzeugen (272.000 €) und für die Errichtung der 2 Lagerhallen des neuen Standortes Kommunale Dienste in Höhe von 1.100.000 € finanziert. Der Erwerb der Feuerwehrfahrzeuge erfolgt im Rahmen der Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes, der vom Gemeinderat unter Beschluss-Nr. GR162/17 am 13.09.2017 beschlossen wurde.

Die Auszahlungen für die Tilgung von Krediten betragen 2.013.700 €.

Die Steuerhebesätze für die Realsteuern betragen für Naumburg und Bad Kösen unverändert zum Vorjahr

Grundsteuer A  
316 v.H.

Grundsteuer B  
450 v.H.

Gewerbesteuer  
380 v.H.

Eine Anpassung der Steuerhebesätze der Ortsteile Crölpa-Löbschütz, Janisroda und Prießnitz an die Steuerhebesätze von Naumburg erfolgt zum 01.01.2020. (lt. Gebietsänderungsvertrag Eingemeindung)

Für Maßnahmen der Stadtsanierung Naumburg sind in den Finanzplanjahren 2021 – 2023 gemäß § 107 KVG LSA insgesamt Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 2.765.000 € vorgesehen. Im Erlass des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr (MLV) vom 20.10.2016 zur Beantragung von Städtebaufördermitteln wird ausdrücklich darauf verwiesen, dass bereits mit Antragstellung vom 30.11. für das jeweils darauf folgende Programmjahr die Stellungnahme der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde zur Sicherung der Gesamtfinanzierung der Maßnahme einschließlich der Erbringung des kommunalen Eigenanteils und der Folgekosten vorzulegen ist. Im Hinblick auf die Planungssicherheit beim Sanierungsträger für die Stadtsanierung Naumburg und (Restleistung) Bad Kösen werden als Haushaltsvorsorge folgende Verpflichtungsermächtigungen festgelegt:

Stadtsanierung Naumburg 2021 = 906.500 €; 2022 = 882.000 €; 2023 = 976.500 €.

Der Gesamtbetrag der Kreditermächtigungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von 1.372.000 € und der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen bedürfen im Rahmen der Haushaltssatzung der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde des Burgenlandkreises.

Gemäß § 110 (2) KVG LSA darf der Höchstbetrag des Liquiditätskredits ein Fünftel der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nicht überschreiten (2020 = 12.871.360 €). Für das Jahr 2020 wird der Höchstbetrag des Liquiditätskredits auf 10.000.000 € festgesetzt.

Der Ausgleich des Defizits in Höhe von 3.051.400 € soll gemäß § 23 Abs. 2 (KomHVO) über die Rücklage aus Überschüssen der Vorjahre erfolgen.

Bernward Küper  
Oberbürgermeister